

IN KÜRZE

Weitere Hilfe für die Wasserkraft

(sda) · Die ständerätliche Energiekommission widersteht den Forderungen der Strombranche nach Wasserkraftsubventionen nicht ganz. Es soll nun eine «Regelung für Kraftwerke in finanzieller Notlage» erarbeitet werden – zusätzlich zu den vom Nationalrat beschlossenen Geldern für Neuinvestitionen. Der Bund soll dabei nach einer Einzelprüfung Beiträge sprechen, wenn auch die Standortkantone ein finanzielles Entgegenkommen, etwa bei den Wasserzinsen, signalisieren. Zur Diskussion stehen Gelder aus dem von den Stromkunden geäußerten Fonds der kostendeckenden Einspeisevergütung oder Bundesdarlehen. Nicht weiter verfolgen will die Kommission eine Pflichtquote für Ökostrom, wie sie die Gebirgskantone fordern.

Anklage in der Parmalat-Affäre

(sda) · Die Bundesanwaltschaft hat die Strafuntersuchungen rund um die Pleite des italienischen Lebensmittelkonzerns Parmalat beendet und erhebt eine letzte Anklage gegen einen Italiener. Dieser war in leitender Position in der Mailänder Niederlassung der Bank of America tätig. Anschliessend war er auch Berater beim Parmalat-Konzern. Ihm wird schwere Geldwäscherei, wiederholte Urkundenfälschung und Bestechung vorgeworfen, wie die Bundesanwaltschaft am Donnerstag mitteilte. Von 2000 bis 2004 soll der in Italien wohnhafte Beschuldigte Gelder von rund 85 Millionen Franken gewaschen haben. Diese Summe stammt gemäss Bundesanwaltschaft aus Unterschlagungen, die zusammen mit weiteren Personen zum Schaden des Lebensmittelkonzerns beantragten wurden.

Für eine CO₂-Reduktion im Inland

(sda) · Die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent bis 2020 soll vollständig im Inland erreicht werden. Darauf beharrt der Bundesrat. Die Forderung der nationalrätlichen Umweltkommission, die Hälfte davon mittels Zertifikaten im Ausland zu realisieren, weist er zurück. In seiner Antwort auf eine Motion erinnert er daran, dass das Parlament das reine Inland-Ziel entgegen seinen Vorschlägen im Gesetz verankert hat. Entsprechend diesem Auftrag habe er bei der Umsetzung die klimapolitischen Massnahmen ausgestaltet, schreibt der Bundesrat. Eine Änderung der Spielregeln würde diesen Instrumentenmix und eben erst getätigte Investitionen infrage stellen.

Gen-Untersuchungen anpassen

(sda) · Niemand soll wegen seines Erbgutes oder Geschlechts diskriminiert werden. Diese Stossrichtung der Revision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen findet bei den Parteien grundsätzlich Anklang. Zurückhaltender sind Berufsverbände. So kritisieren die Spitäler die zusätzlichen administrativen Aufgaben.

Verdacht auf Schwarzarbeit

(sda) · Die kantonalen Inspektoren haben im letzten Jahr rund 13 600 Schwarzarbeit-Verdachts-Fälle ans Licht gebracht. Das sind fast genau gleich viele wie im Vorjahr – obwohl mehr Kontrollen durchgeführt wurden. Laut dem Staatssekretariat für Wirtschaft führten die Inspektoren insgesamt rund 39 000 Personen- und 12 000 Betriebskontrollen durch.

Publica muss Reserven stärken

Geschlossene Rentnerkassen in einer ungemütlichen Lage

Die Pensionskasse Publica hat im vergangenen Jahr Kräfte für schwierigere Zeiten getankt. Rentnerkassen warten auf eine nachhaltige Sanierung.

WernerENZ

Die Pensionskasse des Bundes, Publica, ist mit einer Bilanzsumme von 37,7 Mrd. Fr. die grösste Vorsorgeeinrichtung des Landes. Nach einem Durchhänger im Jahr zuvor fiel die Performance, also die Rendite auf den Wertschriften- und Immobilienanlagen, 2014 mit 5,87% zufriedenstellend aus. Die Stärkung des Deckungsgrades um vergleichsweise geringe 1,2 Punkte (vgl. Tabelle) ist ein klarer Fingerzeig dafür, dass das Gewicht der effektiven Verpflichtungen, vor allem jener für laufende Rentenzahlungen, im hartnäckig von sehr niedrigen Zinsen geprägten Umfeld grösser wird.

Nichts löst sich in Luft auf

Die Publica führt als öffentlichrechtliche Sammelinstitution 14 offene und 7 geschlossene Vorsorgewerke und hat laut Jahresbericht für den Zeitraum bis 2018 die Rentensicherheit als weiterhin oberste Priorität herausgegeben. Zur Abfederung des für offene Kassen auf 2,75% und für geschlossene auf 2,25% gesenkten technischen Zinses wurden die Reserven um weitere 731 Mio. Fr. aufgestockt; dieser Zins wird für die Bewertung von Verpflichtungen eingesetzt. Als Folge von geringeren Renditemöglichkeiten, aber auch wegen der steigenden Lebenserwartung gilt neu bei der Publica ein Umwandlungssatz von

Publica in Zahlen

Aus Bilanz und Betriebsrechnung	2012	2013	2014
Geldwerte in Mio. Fr.			
Erforderliche Vorsorgekapitalien			
plus technische Reserven	33 178	34 445	35 569
Wertschwankungsreserven	1 735	1 420	1 902
Zielgrösse Wertschwankungsres.	9 946	9 791	10 865
Deckungsgrad (%)	105,2	104,1	105,3
Ökonomischer Deckungsgrad (%)	78,6	85,2	81,0
Anlagerendite (%)	7,9	3,5	5,9
Reglementarische Leistungen ²	1 782	1 747	1 784
Beiträge Arbeitnehmer	404	415	432
Beiträge Arbeitgeber	717	773	808
Aktive Versicherte	58 019	60 944	62 547
Anzahl Rentner	45 010	44 796	43 305

¹ Nach den BVG-Vorschriften; Art. 44 BVVG; ² vor allem Alters-, Hinterlassenen- und IV-Renten.

5,65% im Alter 65. Die Aon Hewitt (Schweiz) AG, die als Expertin über die finanzielle Lage der Publica wacht, hält fest, die geschlossenen Vorsorgewerke seien angesichts der geltenden Renditeerwartungen ungenügend finanziert. Es sei damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren einige geschlossene Vorsorgewerke in eine Unterdeckung getrieben würden. Dem Eidgenössischen Finanzdepartement waren bereits Ende 2013 Lösungsansätze unterbreitet worden. Da Rentnerkassen definitionsgemäss keine laufenden Einnahmen – ausser den Vermögenserträgen – haben, kann eine Gesundung nur dank Zuschüssen von aussen erfolgen. Es ist anzunehmen, dass Bund und Swisscom bereits Anfragen erhalten haben.

In einem gewissen Sinne kann die Publica als einer der Kostenführer in der beruflichen Vorsorge gesehen werden, denn die Verwaltungskosten wurden um weitere Prozente auf 192 Fr. je

Versicherten und Rentenbezüger gesenkt. Das ist rekordverdächtig. Aufgrund eines tiefer als erwartet ausgefallenen Aufwands für Invaliditätsfälle fiel weiter ein positives Risiko-Ergebnis von 113,9 Mio. Fr. an; die Risikoprämien sind ein weiteres Mal herabgesetzt worden.

Ausbau der Anlagestrategie

Viel gewichtiger ist, langfristig solide Anlagerenditen zu erwirtschaften. Die Absicherung von Währungsrisiken auf Obligationen aus Industrieländern, vor allem Euro, erwies sich spätestens am 15. Januar als klug; zu jenem Zeitpunkt gab die Schweizerische Nationalbank die Verteidigung eines Euro-Mindestkurses auf. Nicht nur die Publica stellt sich auf den Standpunkt, Risiken auf Fremdwährungen würden nicht adäquat durch höhere Zinsen abgegolten.

Obschon 2014 die Wertschwankungsreserven um fast 2 Mrd. Fr. zulegten, wird die Zielgrösse (11 Mrd. Fr.) meilenweit verfehlt. Eine Spezialität der Publica ist, dass sie damit begonnen hat, eine Position von mehr als 1 Mrd. in der Kategorie «inflationsgeschützte Staatsanleihen» aufzubauen. Im Vergleich mit anderen Pensionskassen fällt die mit 5% sehr niedrig angesetzte Immobilienquote auf. Sowohl in diesem Segment als auch bei privaten Schuldverschreibungen soll mehr investiert werden. Last, but not least scheute sich die Publica nicht, im Sinne der Minder-Vorlage als Grossaktionärin von Schweizer Konzernen an Generalversammlungen ihre Stimmrechte wahrzunehmen. In drei von vier konsultativen Abstimmungen habe man 2014 gegen den Vergütungsbericht Stellung bezogen.

Schaffhauser SVP gemeinsam mit FDP*Bürgerliche Listenverbindung*

(kru) · SVP und FDP sollen in Schaffhausen mit einer Listenverbindung in den Nationalratswahlkampf ziehen. Der SVP-Vorstand hat sich einstimmig dafür entschieden. Man wolle der FDP die Hand reichen, sagt der Parteichef Pentti Aellig. Auch eine Listenverbindung mit weiteren bürgerlichen Parteien werde begrüsst. Vor vier Jahren waren SVP und FDP in Schaffhausen getrennt marschiert; die FDP hatte ihre Liste mit jener der CVP verbunden. Derzeit ist Schaffhausen im Nationalrat mit Thomas Hurter (svp.) und Martina Munz (sp.) vertreten. Beide können aufgrund der politischen Kräfteverhältnisse mit einer Wiederwahl rechnen.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Ausmarchung um die Ständeratssitze. Jede Partei agiert für sich, wobei die SVP ihren Sitz mit Hannes Germann problemlos verteidigen dürfte. Interessant wird sein, ob sich Thomas Minder, Vater der Abzocker-Initiative, behaupten kann. Er gehört im Ständerat ebenfalls der SVP-Fraktion an. Die FDP will ihren vor vier Jahren verlorenen Sitz zurückerobern und schickt den amtierenden Regierungsrat Reto Dubach ins Rennen. Die SVP lässt es ihren Mitgliedern offen, sich auch im Wahlkomitee des FDP-Kandidaten zu engagieren.

Ein Wirtschaftsvertreter für den Nationalrat

Ausserrhoder FDP tritt mit Markus Bänziger an

Die FDP hat Markus Bänziger für die Ausmarchung um den einzigen Ausserrhoder Nationalratsitz nominiert. Er hat beste Chancen, gewählt zu werden. Die anderen Parteien überlegen sich eine Kandidatur.

Jörg Krummenacher, Grub

Die FDP ist die dominierende Partei in Appenzell Ausserrhoden, und so ist die parteiinterne Nomination vom Mittwochabend bereits die halbe Miete für Markus Bänziger. Zu ersetzen gilt es im Nationalrat den vor vier Jahren gewählten Andrea Caroni, der in den Ständerat wechseln will, um dort seinen altershalber zurücktretenden Parteikollegen Hans Altherr zu ersetzen.

Zwei Vertreter der FDP

Caroni war von seiner Kantonalpartei bereits im April nominiert worden. Seine Wahl gilt als gesichert; Gegenkandidaturen sind nicht in Sicht. Appenzell Ausserrhoden stellt in Bern nur

jeweils einen Vertreter in beiden Räten. Seit 2003, als der Kanton seinen zweiten Nationalratsitz verlor, gehören jeweils beide Vertreter der FDP an.

Relativ deutlich, mit 63 gegen 36 Stimmen, haben sich die FDP-Delegierten für den 48-jährigen Markus Bänziger und gegen den von der Parteileitung ebenfalls vorgeschlagenen HSG-Verwaltungsdirektor Markus Brönnimann entschieden. Ausschlaggebend sei wohl gewesen, sagt FDP-Co-Präsident Willi Rohner, dass Bänziger ein Kandidat aus der Privatwirtschaft und gut vernetzt sei. Markus Bänziger gehört der Geschäftsleitung des Textilunternehmens Forster Rohner in St. Gallen an, zudem ist er Gemeinderat in Teufen, wo er die Finanzkommission präsidiert.

SVP will antreten

Noch offen ist, ob und mit wem die anderen Ausserrhoder Parteien ins Rennen um den Nationalratsitz steigen. Die SVP hat angekündigt, dass sie ebenfalls antritt; noch fehlt ein Kandidat. SP und CVP überlegen sich ebenfalls eine Kandidatur. Noch bleibt ihnen etwas Zeit.

**WAHLFÄNGER**

Stauffer ante portas

(sda) · Bundeshauskorrespondenten aufgepasst: Eric Stauffer befindet sich im Anflug auf den Nationalratsaal. Seine Kandidatur für die grosse Kammer steht seit Mittwochabend fest. Sollte der populistische Genfer Politiker im Herbst gewählt werden, dürften die Sitten im Nationalratssaal um einiges rupziger – und das Treiben unterhaltsamer – werden.

Nachfolgend ein unvollständiges Kurzporträt: Stauffer ist der Gründer der grenzgängerfeindlichen Partei MCG und ein virtuoser Polterer. Ob im Genfer Parlament oder in Interviews: Der Mann nimmt kein Blatt vor den Mund und schreckt nicht vor Ausfälligkeiten zurück. So bezeichnete er etwa vor den Kommunalwahlen in diesem Frühling am Radio seinen Herausforderer aus den Reihen der FDP als Putzfrau (sic!) der Linken. Dies angesichts der Tatsache, dass die FDP in Onex eine «unnatürliche» Allianz mit der SP und den Grünen eingegangen war mit dem Ziel, die Wiederwahl Stauffers in den Gemeinderat zu verhindern. Grotesk war die Episode, als Stauffer im Oktober 2014 nach einem Streit mit dem Parlamentspräsidenten unter Androhung von Polizeigewalt aus dem Saal verwiesen wurde. Bereits 2012 hatte der impulsive Politiker für Schlagzeilen gesorgt, als er einem anderen Parlamentarier ein Glas Wasser ins Gesicht schüttete.

Da bleibt kein Auge trocken. Fraglich ist nur, ob der politische Wrestler aus Genf im Bundeshaus überhaupt die Sicherheitsschleusen passieren würde.

«Flexible Lösung» bei der Zuwanderung

Italiens Aussenminister zu Besuch

(sda) · Italien fordert bei der Diskussion über eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative die Einhaltung des Prinzips des freien Personenverkehrs – auf «flexible» und «intelligente» Art. Dies sagte Aussenminister Paolo Gentiloni in Bern, wo er von Bundesrat Didier Burkhalter empfangen wurde. «Wir sind keine Zuschauer, sondern interessiert an einer Lösung», erklärte er während einer gemeinsamen Medienkonferenz. Dutzende Beispiele aus den vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass bei der Anwendung von EU-Prinzipien eine gewisse Flexibilität möglich sei. Für die Weigerung der Europäischen Kommission, mit jedem einzelnen Land eine separate Lösung zu finden, zeigte Gentiloni hingegen Verständnis. Burkhalter seinerseits sagte, bei der Suche nach einer Lösung komme den Nachbarländern eine Schlüsselrolle zu.

Burkhalter und Gentiloni begrüsst laut einer Mitteilung des Auswärtigen Departements (EDA) ferner die Einigung im Finanz- und Steuerbereich, die im Februar in Mailand unterzeichnet worden war. Thematisiert wurde ausserdem die Migrationsproblematik im Mittelmeerraum, insbesondere die Frage nach der Verteilung der Flüchtlinge, die via Italien nach Europa gelangen.

Baubewilligung 15-Familienhaus:
Stadt Genf vs. Stadt Zürich**+1990%****Hundegebühr pro Jahr:**
Altdorf, UR vs. Stadt Zürich**+450%****Baubewilligung Einfamilienhaus:**
Stadt Neuenburg vs. Stadt Zürich**+1234%****Maximale Gebühr für einen Erbschein:**
Kanton Schwyz vs. Kanton Zürich**+1000%****Scheidungsgebühr:**
Stadt Basel vs. Stadt Zürich**+395%****Es reicht! Wir wollen endlich faire und transparente Gebühren!****JA zu fairen Gebühren****Genug gerupft!****Abstimmung 14. Juni**

Komitee «JA zu fairen Gebühren», c/o KGV Zürich, Postfach 2918, 8021 Zürich

www.faire-gebuehren.ch**Der Kantonsrat empfiehlt ein JA.**